

PLENUM 2021



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Das Lobbyregister kommt – aber mit Abstrichen

MARTINA STAMM-FIBICH:

Kein Herz für die Pflege

CARSTEN TRÄGER:

Durchbruch für das Lieferkettengesetz

GABRIELA HEINRICH:

Die Frauenrechte sind mehr denn je in Gefahr

Das Lobbyregister kommt – aber mit Abstrichen

Vor dem Hintergrund der jüngsten Korruptionsfälle im Bundestag ist das Lobbyregister überfällig. Aber die Union verhindert echte Transparenz.

Die große Koalition hat sich in der letzten Sitzungswoche auf die Einführung eines Lobbyregisters geeinigt. Interessenvertreter müssen sich künftig in ein Register eintragen, wenn sie im Umfeld des Bundestages oder der Bundesregierung operieren.

Der Eintrag umfasst Informationen zu Auftraggebern, zur Anzahl der Beschäftigten, sowie zur Höhe der finanziellen Investitionen in die Interessenvertretung. Interessenvertreter müssen sich dann in das Register eintragen lassen, wenn sie sich mit Mitgliedern des Bundestages oder mit Funktionsträgern in den Ministerien bis hinunter zum Rang eines Unterabteilungsleiters zu Gesprächen treffen. Wenn gegen die neue Regelung verstoßen wird, drohen den Betroffenen Bußgelder von bis zu 50.000 Euro. Lobbyisten, die sich nicht an die Regeln halten, kommen auf eine öffentlich einsehbare schwarze Liste.

Union verhindert effektivere Lösung

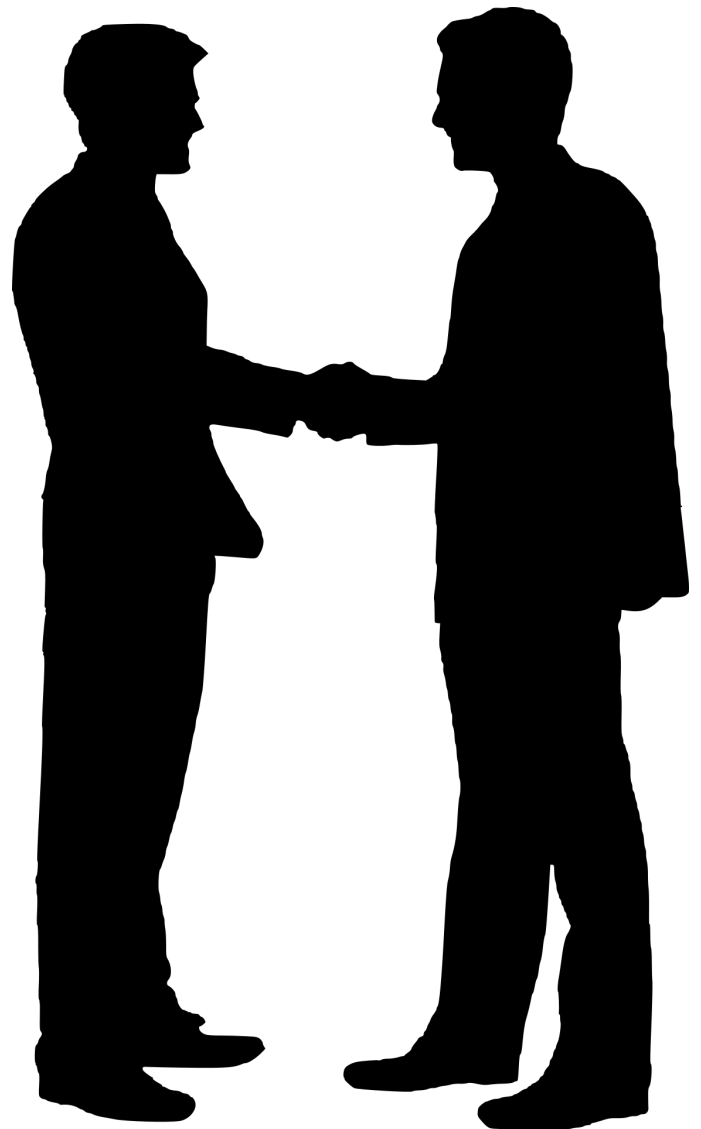
Leider hat die Union die Einführung des sogenannten „exekutiven Fußabdrucks“ vehement blockiert. Unser Ziel war es, die Einbeziehung von Lobbyarbeit bei der Erarbeitung von Gesetzesvorlagen in den Ministerien vollständig transparent zu gestalten. Ebenso hat die Union die Registrie-

rung von Einzelkontakten verhindert. Es bleibt geheim, welche Gespräche mit Lobbyisten wann genau stattgefunden haben.

Trotz dieser teils substantiellen Webfehler steht die SPD-Bundestagsfraktion hinter der Einigung mit der Union. Wir tun dies, weil wir glauben, dass die Einführung eines Lobbyregisters mit Schwächen besser ist als der Status quo. Wir glauben, dass das Lobbyregister in seiner jetzigen Form ein erster Schritt ist, auf den weitere Schritte folgen müssen.

Abstimmung noch in diesem Monat

Über den vorliegenden Entwurf soll noch in diesem Monat abgestimmt werden. Für die SPD ist die Arbeit damit aber nicht beendet. Unser Ziel bleibt es, den Gesetzgebungsprozess



so transparent wie möglich auszugestalten. Durch die Korruptionsfälle, die aktuell die Union erschüttern, sehen wir uns in dieser Zielsetzung bestätigt.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Kein Herz für die Pflege

328.000 Menschen fordern in einer Petition zahlreiche Verbesserungen. Gesundheitsminister Spahn redet sich in der öffentlichen Anhörung heraus.

Mehr Zeit für Patient*innen, verlässliche Arbeitszeiten, Entlastung von Bürokratie, Personalschlüssel nach echtem Bedarf, sofortiges Handeln bei Unterbesetzung, höhere Gehälter, bessere Karrierechancen und die konsequente Abkehr von Profitdenken und ökonomischen Fehlanreizen. All das fordert die bislang erfolgreichste Petition an den Deutschen Bundestag.

Der Petent stellte die Ziele am 1. März öffentlich im Petitionsausschuss vor und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sollte Rede und Antwort stehen. Doch anstatt eines Plans für einen dringend notwendigen Systemwechsel, um „die Brandursache zu bekämpfen und nicht ständig immer neue Feuer zu löschen“, wie es der Petent formulierte, lieferte Jens Spahn nur Altbekanntes, Plattitüden und die Hoffnung, dass es schon irgendwann bergauf ginge mit der Pflege. Er hatte zwar Recht damit, dass die Bundesregierung einige Verbesserungen für Pflegekräfte und Pflegebedürftige umgesetzt hat (u.a. die Konzentrierte Aktion Pflege), doch sind das nur Verbesserungen im bestehenden System, das ja Ursache des aktuellen Pflegenotstandes ist. Sie bekämpfen nur die Feuer, nicht die Brandursache.

Auf unsere Frage, wie man verhindern könne, dass in der Pflege erwirtschaftete Gewinne nicht an Aktionäre ausgezahlt werden, antwortete der Minister nicht. Warum sich die Situation der Ärzteschaft (Lohn und Fallbelastung) deutlich verbesserte, während sich

gleichzeitig die Situation für Pflegekräfte verschlechterte, erklärte er lapidar: „Die Ärzte haben einfach eine bessere Interessenvertretung.“ Den Marburger Bund.

Die Sitzung brachte also weder große Erkenntnisgewinne, noch schien beim BMG die Einsicht zu bestehen, dass das Pflegesystem grundlegend reformiert werden muss, damit den gewinnmaximierenden Geschäftsmodellen, die zu immer mehr Arbeitsdruck und stagnierenden Gehältern für die Pflegekräfte führen, ein Riegel vorgeschoben wird. Wir behandeln die Petition weiter, doch ist auch klar, dass CDU und CSU keine Ideen und keinen Mut für Reformen haben. Sie wollen weiterhin nur den Ist-Zustand verwalten.



Petent Bernhard Albrecht, Wissenschaftsredakteur beim STERN, will die Situation in der Pflege verbessern.

Fotos(2): Carolin Windel



Mit Maske und Abstand: Die Pflegepetition wurde in öffentlicher Sitzung behandelt.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Durchbruch für das Lieferkettengesetz

Ausbeutung gehört geächtet. Die Verantwortung der Unternehmen endet nicht am Werkstor – in der gesamten Lieferkette darf es nicht zu Menschenrechtsverletzungen kommen. Dafür gibt es jetzt einen Gesetzentwurf.

Menschenrechte und Nachhaltigkeit, Arbeitsschutz und faire Löhne – in Deutschland sind das selbstverständliche Maßstäbe, an denen sich die Unternehmen messen lassen. Außerhalb Deutschlands und Europas sind diese Maßstäbe nicht immer Konsens. Viele Produkte des alltäglichen Gebrauchs stehen am Ende komplexer weltweiter Lieferketten.

Nur ein Fünftel aller in Deutschland ansässigen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten kommt nach einem Monitoring der Bundesregierung ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht entlang ihrer Lieferketten genügend nach. Freiwillige Selbstverpflichtung reicht also nicht aus. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, gesetzlich tätig zu werden.

Das Lieferkettengesetz soll in Deutschland ansässige Unternehmen dazu verpflichten, ihre gesamte Lieferkette im Blick zu haben. Es reicht nicht, nur bis zu den eigenen Werkstufen zu schauen, auch Geschäftsbeziehungen und Produktionsweisen der Zulieferer müssen in den Blick genommen werden, damit es an keinem Glied der Kette zu Menschenrechtsverletzungen kommt.

Das Gesetz wird für klare Regeln und Rechtssicherheit für die Unternehmen



Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass die Produkte, die sie alltäglich in Deutschland kaufen, nicht unter Menschenrechtsverletzungen oder durch Umweltzerstörung hergestellt wurden – egal wo auf der Welt der Produktionsprozess begonnen hat. Deshalb wird der Bundestag ein Lieferkettengesetz beraten.

sorgen. Es ist mit Augenmaß ausgestaltet und überfordert unsere Wirtschaft nicht. Es legt genau fest, was zu tun ist, um der Verantwortung gerecht zu werden; die Regeln sind gut handhabbar, angemessen und zumutbar.

Das Gesetz gibt klare Orientierung, welche Menschenrechte entlang von Lieferketten besonders gefährdet sein können. NGOs und Gewerkschaften können Betroffene künftig auch in Deutschland vor Gericht vertreten.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle wird die Unternehmen bei

der Umsetzung aktiv unterstützen, die Einhaltung des Gesetzes aber auch aktiv kontrollieren und Verstöße spürbar sanktionieren.

Wir sind sicher: Das Lieferkettengesetz wird ein Meilenstein, mit dem der Schutz von Menschenrechten und Umwelt in deutschen Unternehmen zum Standard wird. Das werden wir in den Beratungen im Bundestag noch einmal deutlich machen, auch wenn weiter mit Widerstand von der Union gerechnet werden muss. Damit verleihen wir auch unseren Bemühungen für ein europaweites Lieferkettengesetz auf EU-Ebene Nachdruck.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Die Frauenrechte sind mehr denn je in Gefahr

Jahr für Jahr haben wir unsere Aufmerksamkeit am Internationalen Frauentag auf Diskriminierung und Ungleichheit gerichtet, die Mädchen und Frauen erfahren. Richtigerweise. Aber 2021 ging es am Frauentag vor allem darum, dass die Fortschritte, die Frauen und Mädchen in den letzten Generationen erkämpft hatten, in Gefahr sind.

Die Pandemie hat viele der Probleme verschärft. In Europa haben Frauen im Job besonders viel zurückgesteckt, um im Lockdown Kinder zu betreuen. Expertinnen befürchten hier eine "Retraditionalisierung der Geschlechterrollen".

Weltweit haben Frauenrechte durch Corona noch eklatantere Rückschritte erlitten. UN Women spricht von einer "Schattenpandemie", weil das einer der vielen Schatten ist, die die COVID-19-Pandemie geworfen hat. Fakt ist: Die Pandemie verstärkt alles das, was wir in der Gleichberechtigung **noch nicht** erreicht haben. Und sie macht es für Frauen noch schwieriger, Unterstützung zu finden.

Letzte Woche war ich Schirmherrin einer Online-Veranstaltung "Gewalt gegen Frauen – Die Verschärfung der Situation in der Corona-Pandemie". Die Expertinnen der Internationalen Advocacy Netzwerke haben drastisch erklärt, dass in vielen Ländern eine enorm gestiegene Gewalt gegen Mädchen und Frauen die düstere Realität

ist. Hier nur ein paar Zahlen: 2020 hat sich im brasilianischen Sao Paulo die Mordrate an Frauen verdoppelt. Im Kongo haben die sexualisierte Gewalt und Massenvergewaltigungen während der Pandemie stark zugenommen; allein zwischen Januar und September 2020 wurden 2592 Fälle dokumentiert. In Deutschland haben sich in den ersten zehn Monaten 2020 zehn Prozent mehr Opfer häuslicher

„Im letzten Jahr haben Frauenrechte eklatante Rückschritte erlitten.“

Gewalt an die Organisation Weißer Ring gewandt. Die Dunkelziffer dürfte bei allen Beispielen um ein Vielfaches höher ausfallen.

Der Internationale Frauentag 2021 ist ein noch deutlicherer Appell als in den letzten Jahren, keine Rückschritte zuzulassen und weiter die Gewalt und die strukturellen Ungleichheiten abzubauen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat zum Beispiel das Bundesförder-

programm „[Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen](#)“ mit 120 Millionen Euro für den Ausbau und die Modernisierung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen durchgesetzt.

Wir kämpfen für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, den Ausbau des von uns durchgesetzten Entgelttransparenzgesetzes und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen. Nicht zuletzt wollen wir mehr Frauen in Führungspositionen mit dem [Führungspositionengesetz](#). Und wir brauchen mehr Frauen in den Parlamenten! Es ist ein Unding, dass Frauen bei AfD, Union und FDP als Abgeordnete noch immer Ausnahmen sind.

Aber auch die deutsche Außenpolitik muss insgesamt weiblicher werden: Frauen müssen in allen Phasen von Konflikt- und Krisenbewältigung eingebunden werden: Wenn Frauen am Friedensprozess beteiligt sind, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass eine Einigung mindestens 15 Jahre hält, um 35 Prozent.

Wir brauchen an den deutschen Botschaften ein Gender-Monitoring, ein gendersensibles Frühwarnsystem und eine genderorientierte Forschung zu Außenpolitik. Wir müssen Frauenorganisationen unterstützen und strukturelle Diskriminierung weltweit ansprechen. Und: Nur ein Bruchteil der Botschafterposten wird von Frauen besetzt.

Zeit wird's, etwas zu ändern!